

Beschluss des Landesvorstandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen

vom 22. April 2014

Ökologische, kulturelle und wirtschaftliche Schäden für die Lausitz verhindern - Tagebauerweiterungen können noch gestoppt werden

Der Kampf ist nicht verloren: Hoffnung für das Kirchspiel Schleife

Die Fortschreibung des Braunkohleplans für den Tagebau Nochten wurde am 5. März 2014 vom Sächsischen Innenministerium genehmigt. Seitdem wird der Eindruck erweckt, der Untergang weiterer Orte in der Lausitz sei beschlossene Sache. Das ist nicht der Fall! Mit der Genehmigung wurden zwar die landesplanerischen Grundlagen für die weitere Braunkohlegewinnung geschaffen, sämtliche bergrechtliche Zulassungsvoraussetzungen (Rahmen-, Haupt- sowie Abschlussbetriebspläne) stehen allerdings noch aus. Ohne diese ist kein Braunkohleabbau möglich. Das anstehende Rahmenbetriebsplanverfahren erfordert eine Umweltverträglichkeitsprüfung - mit Öffentlichkeitsbeteiligung und Klagemöglichkeiten. Somit bestehen derzeit keine rechtlichen Voraussetzungen für die Einleitung von Grundabtretungsverfahren zum Zwecke der Zwangsumsiedlung der betroffenen Ortschaften und erst recht nicht für den Betriebsbeginn.

Die anstehenden Verfahrensschritte werden in die nächste Legislatur des sächsischen Landtages fallen. Es gibt es noch Hoffnung für die Dörfer Rohne, Mulchwitz, Mühlrose, Schleife Süd, Klein-Trebendorf und Trebendorf-Hinterberg, wenn sich 2014 die politischen Verhältnisse in Sachsen ändern. Der Kampf für Fortsetzung von über 700 Jahren Geschichte ist nicht verloren. Wir GRÜNEN werden alle Instrumente der Bundes- und Landespolitik nutzen, um die Braunkohlegewinnung im Tagebau Nochten II rechtsicher auszuschließen und die drohende Heimatvernichtung zu stoppen. Dass dies möglich ist, zeigt die politische Entscheidung der rot-grünen Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die jetzt Teile der Planungen für den Braunkohletagebau Garzweiler II beendet hat. Zwei bereits totgesagte Orte bekommen dort wieder eine Zukunft. Wir GRÜNEN sind im Kampf um die Zukunft der Lausitz Teil einer starken Gemeinschaft aus Vereinen und Verbänden. Mit starken GRÜNEN wird Sachsen seine Blockadehaltung bei Energiewende und Klimaschutz nicht länger fortsetzen können.

So schaffen wir die rechtlichen Voraussetzungen für den Kohleausstieg auf Bundes- und Landesebene:

- **Kohleausstiegsgesetz auf Bundesebene:** Wir werden den Abbau von Braunkohle nach einer Übergangszeit rechtssicher beenden und die konkreten Restlaufzeiten für bestehende Kraftwerke festschreiben.
- **Novellierung des Bundesberggesetzes:** Wir wollen umfassende demokratische Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten herstellen. Die aus der Zeit des

Bankverbindung:

Bank: Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG, IBAN: DE50 8509 0000 2621 3510 04, BIC: GEN0DEF1DRS

Nationalsozialismus stammende Rechtsgrundlage für Zwangsentziehungen muss endlich fallen.

- **Externen Kosten der Kohleverstromung verursachergerecht umlegen:** Dafür wollen wir einen funktionierenden Preismechanismus für CO₂-Emission durchsetzen.
- **Elektrische Mindestwirkungsgrade für Kohlekraftwerke festlegen:** Obwohl Braunkohlekraftwerke uneffizient und unflexibel sind, gibt es keine gesetzliche oder untergesetzliche Verpflichtung, einen bestimmten Wirkungsgrad zu erreichen.
- **Sächsisches Klimaschutzgesetz einführen:** Darin werden wir verbindliche Klimaschutzziele für jeden Sektor festlegen. Kohleverstromung als klimaschädlichste Form der Energiegewinnung hat keine Zukunft mehr.
- **Instrumente der Landes- und Regionalplanung nutzen:** Wir werden alle planungsrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um Tagebauerweiterungen und Großkraftwerke mit Kohlebefeuerung auszuschließen.
- **Verdeckte Subventionierung des Braunkohlebergbaus beenden:** Wir werden im Rahmen der bestehenden Rechtslage die allgemein im Bergbau üblichen Feldes- und Förderabgaben sowie eine Wasserentnahmeabgabe in voller Höhe erheben.

Jetzt an morgen denken und Vorsorge für die betroffenen Regionen treffen

Kohleverstromung ist weltweit keine attraktive, zukunftsfähige Investition mehr. Investoren ziehen Milliarden aus dem Kohlegeschäft ab, große internationale Banken stellen die Finanzierung von Kohlestromprojekten ein. Allein die immer breitere Erkenntnis, dass globales Handeln für den Schutz des Weltklimas nicht mehr länger aufgeschoben werden kann, setzt der Zukunft der Kohleverstromung enge Grenzen. Sachsen muss endlich der Tatsache ins Auge sehen, dass die Braunkohleverstromung ein Auslaufmodell ist. Der Energiekonzern Vattenfall hat aufgrund sinkender Gewinnaussichten bereits einen drastischen Sparkurs angekündigt und denkt angesichts der zweifelhaften Zukunft der Braunkohleverstromung öffentlich über einen Rückzug aus dem ostdeutschen Braunkohlegeschäft nach.

Die derzeitige und künftige Staatsregierung ist daher in der Pflicht, jetzt alle Vorsorge für ein solches Rückzugsszenario zu treffen, um die Zukunftsfähigkeit der betroffenen Regionen zu stärken und um weiteren Schäden für Sachsen, für seine Bürgerinnen und Bürger, für seine Natur und Kultur vorzubeugen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden folgende Schritte der Vorsorge durch aktive Politik unterstützen:

- **Sicherheiten zur vollständigen Beseitigung der Schäden:** Wir werden in vollem Umfang der möglichen Folgeschäden (hier ergeben sich auch neue Erkenntnisse) umfangreiche Sicherheitsleistungen von den Bergbaubetreibern nach den Möglichkeiten des Bundesberggesetzes insolvenzsicher einfordern und diese Sicherheiten bis zur tatsächlichen Beseitigung aller Bergbaufolgeschäden nicht freigeben.
- **Maßnahmen gegen weitere Gewässervergiftung:** Wir werden eine wirksame Strategie durchsetzen, mit der die permanent steigende Eisenoxid- und Sulfatbelastung der

Bankverbindung:

Bank: Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG, IBAN: DE50 8509 0000 2621 3510 04, BIC: GEN0DEF1DRS

Spree, Schwarzen Elster, Neiße und ihren jeweiligen Zuflüssen reduziert und künftig ausgeschlossen werden kann. Die Maßnahmen müssen durch die Verursacher finanziert werden.

- **Risiken für die Wasserqualität begrenzen:** Durch die sächsischen Tagebaue ist nicht nur in der Lausitz, sondern auch in Brandenburg und Berlin die Trinkwasserqualität gefährdet. Wir werden die Wasserrahmenrichtlinie der EU konsequent anwenden, d.h. bei Qualitätsverschlechterung die Braunkohle-Abbauplanung reduzieren bzw. die Abbau-Genehmigung aufheben.
- **Rechtzeitige Risikobewertung vornehmen:** Wir werden die Risiken für die öffentlichen Haushalte und die sächsische Wirtschaft bewerten, die sich aus Insolvenzen von Unternehmen ergeben, die in Braunkohlebergbau und -verstromung tätig sind,
- **Betriebsübergänge nicht zu Lasten der Allgemeinheit:** Etwaigen Nachfolgeeigentümern der heutigen Bergbautreibenden und Kohlekraftwerksbetreiber müssen die genannten Sicherheitsforderungen, Vorsorgepflichten und hohen Anforderungen beim Umwelt- und Naturschutz in vollem Umfang auferlegt werden. Eine Verlagerung der Kostenbelastung auf die Allgemeinheit, wie dies bei der Sanierung der Schäden aus dem DDR-Altbergbau geschehen ist, muss auf jeden Fall verhindert werden.
- **Kein Engagement des Freistaates zur Braunkohle-Fortführung:** Die Bereitstellung öffentliche Mittel bzw. Beteiligungen, Garantien, Bürgschaften etc. zur Fortführung von Braunkohlebergbau und -verstromung werden wir nicht mittragen. Diese Mittel sind besser aufgehoben bei der Sicherung der Zukunft dieser Regionen als bei der Konservierung der Vergangenheit. Das Fiasko um die Bürgschaften für Verbindlichkeiten der Sächsischen Landesbank sowie das Schicksal einer Baden-Württembergischen Landesregierung, die glaubte, mit öffentlichen Mitteln Energieversorger spielen zu müssen, sollten Warnung genug sein.
- **Strukturwandel jetzt aktiv unterstützen:** Wir wollen den Strukturwandel in der Lausitz planen und frühzeitig mit konkreten Projekten und finanziellen Mitteln des Freistaates begleiten.

Bankverbindung:

Bank: Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG, IBAN: DE50 8509 0000 2621 3510 04, BIC: GEN0DEF1DRS